

ISSN 0939-4362

Januar 2010

COYOTE



Indianische Gegenwart

Entwicklungen – Hintergründe – Engagement

Sonderausgabe



No Olympics On Stolen Land!

No Olympics on Stolen Land!

Winterolympiade in Vancouver verletzt indigene Rechte

Die Olympischen Winterspiele Vancouver 2010 vom 12. bis 28. Februar 2010 finden in der kanadischen Provinz British Columbia auf indianischem Land statt, das niemals an Kanada abgetreten wurde. Kanada und das IOK haben sich über die Landrechtsfrage hinweggesetzt und zu keinem Zeitpunkt die betroffenen indigenen Nationen konsultiert, geschweige denn deren Zustimmung eingeholt. Die Durchführung der Olympischen Spiele verletzt die Rechte der Indigenen.

Kanada schmückt sich jedoch für das Mega-Event mit indianischen Federn und „überzeugte“ sogar vier indianische Nationen, als „Gastgeber“ während der Spiele aufzutreten. Ein indigener Pavillon soll dem Spektakel einen zusätzlichen Farbtupfer verleihen.

Während Kanada den Geist von kultureller Vielfalt und Toleranz beschwört, weigert sich die Regierung unter Stephen Harper gleichzeitig weiterhin, die indigenen Rechte anzuerkennen und die *UN-Deklaration der Rechte der Indigenen Völker* von 2007 – die erste internationale Vereinbarung, welche die kolonialistische Doktrin von Entdeckung und Eroberung verwirft – zu unterzeichnen. Vielmehr leugnete Harper im September 2009 jedes koloniale Erbe Kanadas.

Längst geht es bei den Olympischen Spielen nicht mehr um den Gedanken der Völkerverständigung, sondern um knallharte Wirtschaftsinteressen. Nach Prognosen werden die Spiele bis zu zehn Milliarden Dollar verschlingen, während sich die soziale Lage der Indigenen weiter verschärft. In den Reservaten fehlt es an angemessenen Wohnverhältnissen, Kanalisation, Strom oder Trinkwasser. Die Lage in den Städten ist nicht weniger katastrophal, die Indigenen werden diskriminiert und marginalisiert. Von Nachhaltigkeit – einem der IOK-Prinzipien – kann keine Rede sein. Durch die Infrastrukturmaßnahmen im Umfeld Vancouvers wurden Häuser abgerissen, unerschwingliche Neubauten errichtet und die ärmeren Bewohner vertrieben. Seit der Vergabe der Spiele 2003 sind bereits 850 günstige Wohneinheiten verschwunden und die Obdachlosigkeit in Vancouver hat sich verdreifacht.

Der indigene Protest wird unterdessen diskriminiert und kriminalisiert. Massive Polizeipräsenz und Sondereinsatzkommandos sollen für einen „reibungslosen“ Ablauf der Spiele sorgen, allgegenwärtige Überwachungskameras erinnern an Orwells „Big Brother“, und Bürgerrechtsorganisation klagen über massive Eingriffe in die Bürgerrechte, z.B. Demonstrationsfreiheit. Bereits im Vorfeld der Spiele kam es zu Polizeiübergriffen bei Kundgebungen und Demonstrationen. Schon ein T-Shirt mit Anti-Olympics-Aussagen kann zu verschärfter Überwachung oder gar Verhaftung führen.

Die Missachtung der indigenen Rechte ist völlig inakzeptabel und muss in aller Öffentlichkeit angeprangert werden. Die nachfolgenden Themenbereiche belegen deutlich, warum wir den Protest eines breiten Bündnisses von Indigenen, Bürgerrechtsorganisationen, Sozialverbänden und Umweltgruppen gegen die Olympischen Spiele 2010 unterstützen.

Indigene Landrechte

British-Columbia nimmt innerhalb Kanadas eine besondere historische Rolle ein, da die heutige Provinz erst spät kolonialisiert wurde. Die Spuren sind jedoch noch heute deutlich zu erkennen, selbst der Name der Stadt Vancouver geht auf einen britischen Marineoffizier – Captain George Vancouver – zurück. Im Gegensatz zu den östlicheren Provinzen, in denen die Kolonialherren Verträge mit den First Nations schlossen, gab es mit den rund 40 indigenen Nationen Ende des 18. Jahrhunderts kaum Verträge. Das Land der Indigenen wurde weder durch „Entdeckung“ noch durch Eroberung für die britische Krone gewonnen, sondern durch schleichende Okkupation.

Die Zahl der Indigenen zum Zeitpunkt des ersten Kontakts mit den Weißen wird auf bis zu 250.000 geschätzt. Nach nur einem Jahrhundert waren die Indigenen auf ein Zehntel dezimiert – durch koloni-

ale Gewalt, aber auch durch Seuchen und Krankheiten, welche die Weißen einschleppten. Die Gier nach dem Reichtum der Küsten vor British Columbia, aber auch im Innern des Landes verdrängte die Indigenen. Mit der Verwaltung des Landes wurde ausgerechnet die Hudson's Bay Company beauftragt – jene Handelsgesellschaft, die ausbeuterischen Handel mit den Indigenen trieb, ein paar billige Glasperlen gegen kostbare Felle der Indianer eintauschte und massiv in die traditionellen Strukturen der indigenen Gesellschaften eingriff. Der Vertreter der Handelsgesellschaft wurde

1849 zum ersten Gouverneur von Vancouver Island ernannt. Rasch errichtete die Hudson's Bay Company Handelsposten, aber auch befestigte Forts im ganzen Land und trieb die Indigenen immer weiter zurück.

Abgesehen von ein paar vereinzelten Verträgen in den 1850er Jahren unter James Douglas und dem Treaty 8 (die Verträge wurden einfach durchnummeriert) im Nordosten blieb das Land weiterhin indigenes Territorium, das die First Nations niemals abgetreten haben. Nachdem im Fraser Valley Gold entdeckt wurde, drängten immer mehr Weiße nach und nahmen sich einfach, was sie wollten. 1866 wurde das Land zur Kolonie von British Columbia und 1871 Provinz von Kanada. 1874 erließ die Provinzregierung von British Columbia den *BC Lands Act*, um weiteres Land für die weißen Siedler zu erschließen, doch nur ein Jahr später erklärte die kanadische Bundesregierung das Gesetz für nichtig, da es sich gemäß den Bestimmungen der *Royal Proclamation von 1763* nicht um eine „legale Eroberung“ des Landes handelte. 1876 erließ die kanadische Regierung den *Indian Act*, mit dem sich die Regierung die alleinige Kontrolle über die Indigenen und ihr Land sicherte. Gleichzeitig wurde durch den *Indian Act* das System der begründet, das bis heute das Leben der Indigenen bestimmt: Einrichtung von Reservaten und vermeintlich demokratischen Band Councils, Unterteilung der Indigenen in Status-Indianer und Nicht-Status-Indianer sowie die Einteilung in First Nations (Indianer), Metis (Nachfahren von Weißen und Indianerinnen) und Inuit.

Anfang der 1990er Jahre begannen sich die Indigenen verstärkt gegen die Missachtung ihrer Landrechte zu wehren, klagten ihre Rechte vor kanadischen Gerichten ein und erzielten mit dem so genannten *Delgamuukw-Urteil* von 1997 einen entscheidenden Sieg. Darin bestätigte der Oberste Kanadische Gerichtshof die Gültigkeit der indigenen Landrechte. Sowohl Provinz- als auch Bundesregierung weigern sich jedoch, das Urteil anzuerkennen und setzen ihre rechtswidrige Ausbeutungspolitik fort.





Die Provinzregierung unter Gordon Campbell leitete nun einen neuen Vorstoß zu modernen Vertragsverhandlungen ein. Ziel der Regierung ist jedoch nicht eine gütliche Beilegung von Landrechtsfragen auf gleicher Augenhöhe, sondern vielmehr der Versuch, für die weitere Erschließung des Landes (Abholzung, Skigebiete, Tourismus etc.) für Unternehmen und Konzerne eine Investitionssicherheit zu erlangen. Dieser Vertragsprozess ist jedoch eine Falle: Die Indigenen müssen ihre Landrechte aufgeben und einen

neuen Vertrag aushandeln. Das für die Verhandlungen benötigte Geld für Anwälte und sonstige Kosten müssen sie von der Provinz als Kredit aufnehmen. Bei Vertragsschluss erhalten sie dann eine Entschädigungszahlung, von der sie diesen Kredit begleichen müssen. Die wenigen bisherigen Beispiele für diese neue Art von „Verträgen“ erwiesen sich für die Indigenen als Katastrophe. Am Ende stehen sie ohne Rechte und mit einem Berg Schulden da und laufen Gefahr, auch noch das letzte Land zur Begleichung der Schulden aufgeben zu müssen. Der neue Ausverkauf indigener Rechte im 21. Jahrhundert mag eleganter und subtiler erscheinen als zu den frühen Kolonialzeiten, ist aber in seiner Wirkung nicht weniger katastrophal.

Um es nochmals deutlich festzuhalten: Das Land, auf dem die Olympischen Spiele stattfinden, wurde niemals abgetreten. Die indigenen Landrechte gelten weiterhin.

Internationale Kritik an der kanadischen Politik

Kanada hat sich auf der internationalen Bühne stets als Verfechterin der Menschenrechte präsentiert, doch längst wurde die Politik der Regierung gegenüber den Indigenen wiederholt von Völkerrechtlern, Menschenrechtsorganisationen und den Vereinten Nationen, ja selbst von der EU kritisiert. Kanada steht am Pranger der Menschenrechte. So rügte das Europäische Parlament die Verletzung der Landrechte bezüglich der Wasserkraftprojekte bei den James Bay Cree, das UN-Komitee zur Eliminierung aller Formen der Diskriminierung kritisierte die Vertragspolitik in British Columbia. Der Menschenrechtsrat forderte harsch eine Stellungnahme zur Situation der indigenen Frauen in Kanada, der UN-Sonderberichterstatter kritisierte die Lebensverhältnisse in den Reservaten, und die internationale Staatengemeinschaft zeigte sich konsterniert, dass Kanada nach fast drei Jahrzehnten intensiven Verhandeln die von der klaren Mehrheit der UN-Vollversammlung 1997 verabschiedete *Deklaration der Rechte der Indigenen Völker* nicht unterzeichnen wollte.

Zudem verstoßen sowohl Provinzregierungen als auch Bundesregierung immer wieder gegen die eigene Verfassung und gegen Urteile der eigenen Gerichte, indem sie sich rechtswidrig über die indigenen Rechte hinwegsetzen. Die UN-Deklaration bestärkt die indigenen Rechte auf Land und Selbstbestimmung, doch Kanada veranstaltet ein Mega-Spektakel auf indigenem Land, das Kanada nicht gehört. „Free, prior and informed consent“, das Mantra der Deklaration, die verlangt, dass die Nutzung indigenen Landes nur mit der vorherigen, und umfassend informierten Zustimmung durch die Indigenen erfolgen dürfe, missachtet Kanada – und das Internationale Olympische Komitee (IOK) macht sich mitschuldig.

Das wahre Gesicht der Olympischen Spiele

Das IOK, das Vancouver 2003 den Zuschlag für die Austragung der Spiele erteilte, hat sich entgegen aller Beteuerungen noch nie für die Menschenrechte interessiert. So ungeheuerlich das erscheinen mag, doch das IOK ist nach Meinung seiner Kritiker eine korrupte Geldmaschine, die selbst mit Diktatoren gemeinsames Geschäft trieb. Nicht erst die Spiele in Bejing zeigten, dass das hehre Wort von der Völkerverständigung nur ein Deckmäntelchen für blanke Konzernkungelei und Geldgier ist.

Zahlreiche Bücher und Dokumentationen (u.a. Inside the Olympic Industry, Selling the Five Rings oder Christopher Shaws Five Rings Circus) belegen ein ganz anderes Bild der Geschichte der Olympischen Spiele, als der Öffentlichkeit vorgegaukelt wird.

Wiederholt hat sich das IOK mit autoritären Systemen und Diktatoren arrangiert – ob 1936 mit Hitler in Berlin, 1988 in Seoul oder 2008 in Bejing. Auch 1968 stütze man die Regierung in Mexiko, die nur wenige Tage vor Eröffnung der Spiele 300 Studenten vom Militär massakrieren ließ, um deren Proteste gegen das repressive und korrupte System niederzuwerfen. Der damalige IOK-Präsident Avery Brundage war ein erklärter Rassist und hielt es nicht einmal für nötig, das Massaker zu erwähnen.

Das einprägsamste Bild der Spiele von Mexiko war die Solidaritätsgeste der beiden US-amerikanischen Medaillengewinner John Carlos und Tommie Smith mit der Black Power Bewegung. Das IOK sprach ihnen umgehend die Auszeichnungen ab und schloss die beiden Athleten aus. Die Olympischen Spiele seien keine Arena für politische Agitation, lautete die verlogene Begründung. Der langjährige IOK-Präsident Juan Antonio Samaranch (immerhin von 1980-2001 im Amt) hatte offensichtlich weniger Probleme, seine politische Gesinnung zur Schau zu tragen: Samaranch war ein erklärter Anhänger des spanischen Diktators Franco und sogar unter ihm in Regierungspositionen. Aber von Hitler zu Franco ist es ja kein weiter Weg.

Die Unterstützung faschistischer und autoritärer Systeme ist aber nur die eine Seite, die andere ist Geldgier und Korruption, wie die Bestechungsskandale von Salt Lake City 2002 belegen, in die höchste Vertreter des IOK involviert waren. Von Dopingsskandalen gar nicht zu reden, die heute alle Bereiche des Sports erfasst haben.

Die Olympischen Spiele sind längst ein Riesengeschäft – auf Kosten der Steuerzahler – und jeder will mitverdienen. Allein die Übertragungsrechte bringen Millionen ein, hinzu kommen die Einnahmen aus Merchandising oder Werberechten. Ganze Branchen kassieren ab: Grundstücksmakler, die Baukonzerne, die Tourismusindustrie, und selbst die Sponsoren. Natürlich gehören zu den offiziellen Sponsoren die üblichen Konzerne: Coca-Cola, Nike, McDonald's. Mit dabei sind auch PetroCanada, die Hudson's Bay Company und BC Hydro – also all jene Unternehmen, die ohnehin indigenes Land zerstören. Weiße Westen finden sich in dem elitären Club nicht.

Falsche Kostenspiele

Olympische Spiele sind eine gewaltige Geldmaschine für die einen, für den Steuerzahler aber ein Verlustgeschäft. Bislang blieb noch jeder Austragungsort auf einem Schuldenberg sitzen – die Konzerne kassieren und die öffentliche Hand muss den Verlust ausgleichen. Das für die Spiele 2010 zuständige Organisationskomitee VANOC (Vancouver National Organizing Committee) und Regierungsstellen behaupteten, die Spiele würden lediglich zwei Milliarden Dollar kosten, doch dies ist reine Augenwischerei. Die Kalkulation weist nämlich erhebliche Lücken auf: In den Plänen sind die Kosten für den Ausbau der Infrastruktur, etwa die Sea-to-Sky-Highway-Erweiterung oder der Ausbau des Canada Skytrain zum Flughafen und andere Projekte, noch gar nicht enthalten. Allein die massiven



Offizielles Logo der Winterspiele

Sicherheitsmaßnahmen, die bereits jetzt von vielen Bürgern als Polizeistaat empfunden werden, dürften sich nach Schätzungen auf 900 Millionen Dollar belaufen. Christopher Shaw, Autor des Buches *Five Ring Circus*, prognostiziert bei Berücksichtigung aller Kosten einen Aufwand von fast zehn Milliarden Dollar. Die Erfahrungen der letzten Spiele haben gezeigt, dass am Ende die Rechnung stets mit einem gewaltigen Minus schließt – Geld, das dringend für soziale Zwecke benötigt wird.

Negative Auswirkungen: Armut, Obdachlosigkeit und Marginalisierung



Bereits jetzt zeigen sich die negativen Auswirkungen im Großraum Vancouver. Rund vier Prozent der kanadischen Bevölkerung sind indigener Abstammung, d.h. von 32,7 Millionen Einwohnern definieren sich 1,3 Millionen als Indigene. Dieses Verhältnis verschiebt sich jedoch gewaltig, wenn es um Arbeitslosenraten oder Armut geht. Mehr als die Hälfte der Indigenen lebt inzwischen nicht mehr in Reservaten, sondern in Städten – verbunden mit Diskriminierung, Armut, Arbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit. Gerade Vancouver hat eine sehr hohe Zahl von Obdachlosen. Seit 2003 hat sich die Zahl der

Obdachlosen in Vancouver verdreifacht. Schätzungen sprechen von fast 3.000 Obdachlosen (2002 lag die Zahl noch bei 620 nach Angaben der zuständigen Behörde von Greater Vancouver). Statt bezahlbarer Wohnungen werden luxuriöse Apartments gebaut, d.h. die alten Häuser werden niedergedrückt und neue Wohnblocks entstehen, die sich nur die Reichen leisten können, was zur Gentrifizierung in beschleunigtem Maße beiträgt. 830 Wohnungen sind bereits der Abrissbirne zum Opfer gefallen. Die Organisation *Centre on Housing Rights & Evictions* warnt längst vor katastrophalen Auswirkungen für die betroffenen Viertel. Hierzu zählt insbesondere Vancouvers Downtown Eastside. Die Gegend gilt als eine der ärmsten in ganz Nordamerika. Fast 75% der rund 15.000 Einwohner des Viertels leben unter der Armutsgrenze, 30% davon sind Indigene, obwohl sie nur einen Anteil von 5% der Bevölkerung von Vancouver bilden.

Kriminalisierung der Armen

Wo man die Armut nicht bekämpfen will, kriminalisiert man sie. 2004 erließ British Columbia den *Safe Streets Act*, mit dem Betteln auf Vancouvers Straßen verhindert werden soll. Private Sicherheitsdienste – nicht eben bekannt für einen sanften Umgang mit Armen oder Obdachlosen – wurden engagiert, um für „Ruhe“ zu sorgen. Die *Downtown Vancouver Business Improvement Association* lässt sich dies jährlich 680.000 Dollar kosten. Geleitet werden die Maßnahmen von Dave Jones, einem ehemaligen Inspektors des Vancouver Police Department, der u.a. für sein rüdes Vorgehen bei Demonstrationen bekannt ist.

2006 wurde das *Project Civil Society* ins Leben gerufen, mit dem gezielt gegen Bettler, Obdachlose oder Betrunkene, aber auch Proteste vorgegangen werden soll. Schlichtere Maßnahmen umfassen neben der Flut neuer Überwachungskameras z.B. neue Mülleimer, die so konstruiert sind, dass sie keiner mehr durchsuchen und beispielsweise Flaschen oder Dosen herausfischen kann. Neue Bänke verhindern zudem, dass sich Obdachlose auf ihnen niederlassen, da sie zum Schlafen völlig ungeeignet sind.

Die Regierung von British Columbia erwog die Verlagerung von Obdachlosen in ehemalige Militärkasernen und legte im September 2009 sogar einen Gesetzesentwurf vor, der erstmalig die Möglichkeit bieten würde, Obdachlose zwangsweise in Unterkünfte einzuweisen. Unterdessen hat man sich einer einfacheren Methode besonnen und lässt die Obdachlosen einfach aus der Stadt jagen – auch

eine Form „ethnischer Säuberungen“. Das erledigt das Problem auf eigene Weise – wo keine Obdachlosen zu sehen sind, gibt es auch kein Problem.

Besonders betroffen sind die indigenen Frauen von der Situation, denn sie bilden fast die Hälfte der weiblichen Obdachlosen – und sind damit zusätzlichen Gefahren ausgesetzt.

Indigene Frauen in Gefahr

Seit 2004 Amnesty Canada die Studie *Stolen Sisters* vorlegte, wurde erstmals einer größeren Öffentlichkeit bekannt, dass in den letzten drei Jahrzehnten über 500 indigene Frauen vermisst gemeldet oder ermordet wurden. Inzwischen belegt eine Studie der *Native Women Association of Canada* 520 dokumentierte Fälle. Besonderen Schwerpunkt bildet dabei der Westen Kanadas, insbesondere British Columbia. Entlang des Highway 16, der vom Pazifik ins Landesinnere führt, ist die Zahl der Vermissten- oder Todesfälle besonders hoch. Die indigenen Frauen müssen nicht nur Diskriminierung, sondern auch Sexismus erdulden und gelten vielen Männern als leichte Beute und einfaches Opfer. Wer sollte sie schon vermissen oder ihnen eine Träne nachweinen, ist wohl eine weit verbreitete Haltung. Die offiziellen Behörden haben bislang viel zu zögerlich reagiert, um dieser Gefahr ernsthaft zu begegnen. Viele indigene Frauen sind gezwungen, zu trampeln, da sie kein Auto besitzen und öffentliche Verkehrsmittel nicht vorhanden sind. Auch sind sie, etwa als alleinerziehende Mütter, besonders von Arbeitslosigkeit oder gar Obdachlosigkeit betroffen und können in den Städten nicht einmal auf Unterstützung rechnen, die ihnen vielleicht im Reservat noch zur Verfügung stünde. Manche sind auch gezwungen, als Sexarbeiterinnen ihr Geld zu verdienen, um sich und ihre Familie durchzubringen. Kommen Alkohol- oder Drogenabhängigkeit hinzu, hat die Gesellschaft sie längst abgeschrieben. Ihre Würde und ihr Leben gelten nichts mehr in einer Gesellschaft, die von systematischem Rassismus geprägt ist.

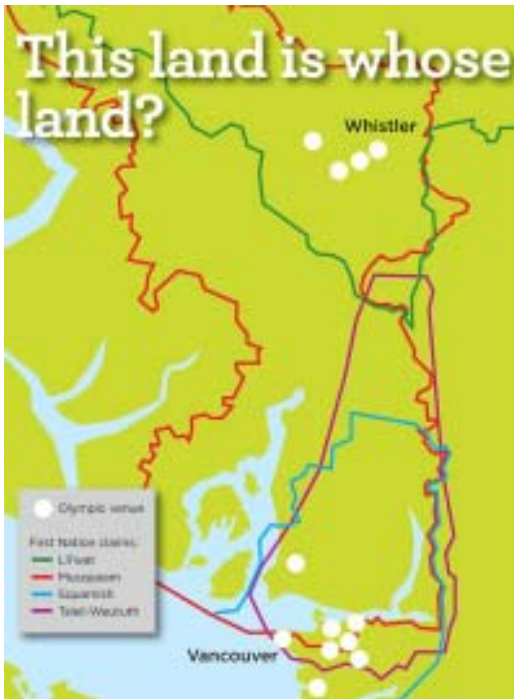
Großereignisse wie die Olympischen Spiele ziehen viele Besucher an – und damit auch den Sextourismus. Die Vereinten Nationen schätzen das jährliche Geschäft mit dem Sexhandel auf 12 Milliarden Dollar. Allein für die Olympischen Spiele in Sydney seien 10.000 Frauen und Mädchen für den Sexhandel importiert worden. Kanada hat die Strafverfolgung erst mit der Änderung des Einwanderungsgesetzes von 2001 ins Visier genommen. Der erste Gerichtsfall wurde 2004 behandelt – und verworfen.

Studien zufolge sind 50% der Prostituierten in Vancouver indigener Zugehörigkeit. Dies hat sozioökonomische und historische Gründe. Die Kolonialisierung setzte alles daran, die traditionellen Strukturen zu zerbrechen – auch die traditionelle Position der Frauen innerhalb der indigenen Gemeinschaften. Dies gilt auch für die Auswirkungen des Systems der *Residential Schools*, als zwischen 1880 und 1980 die Kinder der Indigenen in vorwiegend Missionsinternate gezwungen wurden, um sie in die kanadische Gesellschaft zu assimilieren – mit traumatischen Folgen.

Übrigens ließ VANOC ein Verbot des traditionellen Gedenkmarsches für die ermordeten indigenen Frauen, der jedes Jahr am Valentinstag in Vancouver stattfindet, erwirken. Der Marsch könnte einen Verkehrsstau herbeiführen – ausgerechnet am Eröffnungswochenende der Olympischen Spiele.

Falsche Federn

Während die Spiele zu einer weiteren Marginalisierung der Indigenen beitragen, schmücken sich die Veranstalter mit falschen Federn. Um dem Protest gegen die Spiele den Wind aus den Segeln zu nehmen, besann man sich auf die geniale Idee, einige First Nations auf die eigene Seite zu ziehen, sie mit finanziellen Versprechungen und VIP-Karten zu locken und als offizielle „Gastgeber“ („Host Nations“) zu präsentieren. Geschickterweise hat man sich auf die Nationen konzentriert, die von den Spielen tangiert werden. Dies sind die Squamish, Lil'Wat, Musqueam und Tseil-Waututh. Indem man ihnen erzählte, sie würden den gleichen Status genießen wie andere Staatsoberhäupter, die an den



Spielen teilnehmen, schmeichelte man ihrem Ego. Welcher sonst kaum beachtete Indianer möchte nicht einmal genauso behandelt werden wie US-Präsident Obama oder Kanzlerin Angela Merkel, auch wenn sie die deutsche Regierungschefin kaum kennen dürften. Endlich einmal auf der Bühne stehen mit den Großen der Welt ist für die vier First Nations durchaus verlockend. Zudem heißen die heutigen Glasperlen Arbeitsplätze und Wirtschaftsentwicklung. Schon 2003 erhielten die Lil'wat einen Betrag von 20 Millionen Dollar, um ihre Unterstützung für die Spiele zu gewinnen.

Die vier Host Nations sind jedoch nicht die einzigen, die in der betreffenden Region leben. Arthur Manuel etwa, Sprecher des *Indigenous Network On Economics and Trade* (INET) und früher Band Chief der Neskonlith, ist ein entschiedener Gegner der Olympischen Spiele und engagierte sich auch gegen den Ausbau des Skigebiets von Sun Peaks auf dem Land der Shushwap.

Nach der ersten Begeisterung scheinen auch die Host Nations Zweifel zu beschleichen

oder sie hoffen, einfach nur mehr Geld aus ihrer Beteiligung zu holen. Jedenfalls forderte Squamish-Chief Bill Williams, der zugleich Vizepräsident des *BC First Nations Forest Council* ist, mehr Geld für wirtschaftliche Entwicklung von der Regierung. Von der Provinzregierung forderte er schon mal ein Förderprogramm von sechs Millionen Dollar zur Entwicklung der indigenen Forstwirtschaft, andernfalls könne man ja sonst die Gelegenheit nutzen und den zahlreichen zu den Spielen angereisten Reportern erzählen, wie es wirklich ist, Indianer im heutigen Kanada zu sein. Ob seine Erpressung Wirkung zeigt, sei dahingestellt.

Neben den Host Nations wird nun auch die Kultur der Indigenen aufgeboten. Stolz verkündeten die Organisatoren der Spiele, die Medaillen seien von der Tlingit-Künstlerin Corinne Hunt entworfen und mit traditionellen Symbolen ihres Volkes gestaltet: ein Orka auf der Goldmedaille und ein Rabe auf der Silbermedaille. Im Gegensatz zu den Olympischen Spielen in Calgary 1988 scheint man nun die Kultur der Indigenen stärker in die PR-Kampagnen einzubeziehen.

Und einen *Aboriginal Pavillon* gibt es auch noch, indem dann die Vielfalt der indigenen Kulturen vorgestellt werden soll. Hoffentlich sind wenigstens diese Exponate echt und nicht „Made in China“, wie die vermeintlich authentischen Kunsthandwerksprodukte, die in vielen Souvenirläden zu finden sind. Während einige Künstler ihren Protest gegen diesen Ausverkauf ihrer Kultur angemeldet haben, sieht Chief Tewanee Joseph von den Host Nations darin kein Problem, es seien doch wenigstens Vorlagen der Indigenen und damit seien die Souvenirs „authentisch indianisch“. Der für die Lizenzrechte zuständige VANOC-Direktor Dennis Kim freut sich über jede Einnahme und verkündete großspurig, man werde immerhin ein Drittel in Fonds für Bildungs- und Kulturprojekte der Indianer zur Verfügung stellen. Aber VANOC sieht die Angelegenheit indigenen Eigentumsrechts ohnehin entspannter: Für den Lauf der Olympischen Fackel hatten die Cowichan angeboten, die Läufer mit ihren berühmten Original Cowichan-Sweaters (alles andere als Billigware) zu versorgen, doch VANOC zog es vor, die Originaldesigns kopieren und wesentlich billiger von der Firma The Bay produzieren zu

lassen. Einen Verstoß gegen kulturelles Eigentum der Indianer oder das Copyright konnte er darin nicht erkennen – im umgekehrten Fall wäre das nicht ratsam, denn wer das Olympic-Logo klauen würde, müsste mit einer Millionenklage rechnen. VANOC erlaubt nicht einmal, dass Besucher der Olympischen Spiele ihre selbst geknipsten Bilder auf Internetplattformen wie flickr veröffentlichen!

Umweltzerstörung statt Nachhaltigkeit

Das IOK hat sich als Grundsatz für die Olympischen Spiele das hehre Ziel der Nachhaltigkeit verordnet, doch gerade die Spiele in British Columbia sind ein Beispiel für das Gegenteil. Laut *2010 Games Watch* dürften sich die Winterspiele 2010 als eine der ökologisch verheerendsten Spiele auswirken. Die großflächige Anlage der Spielstätten, der Ausbau der Infrastruktur und der gesteigerte Tourismus hinterlassen gewaltige Schäden an der Natur.

Bereits der Bau des Sea-to-Sky Highway zwischen Vancouver und Whistler rief entschiedenen Protest hervor, als die Bauarbeiten 2006 mit massiven Abholzungen und Sprengungen begannen.

Das *Whistler Olympic Center* ist ein riesiger Komplex, der sich inmitten bis dahin weitgehend unberührter Wälder befindet. Allein hierfür wurden rund 100.000 Bäume gefällt. Die gesamte Anlage umfasst etwa 260 Hektar, um Platz zu bieten für 50 Kilometer neuer Skipisten, Parkplätze, drei Stadien, zwei Skischanzen und Langlaufpisten. Damit wird ein wichtiger Lebensraum zerstört in einer empfindsamen Region, die bislang auch Heimat für viele Bären war.



~Auch am Cypress Mountain wurden neun neue Pisten für Snowboarding angelegt sowie Skilifte, Lodges und Kunstschneeanlagen. Neue Zufahrtsstraßen

mussten angelegt werden. Für diese Straßen wurden enorme Mengen an Schotter benötigt, die aus den Flüssen genommen und aus den Bergen gesprengt wurden. Insbesondere der Eingriff in den natürlichen Zustand der Flüsse hat immense negative Auswirkungen auf den Lachsbestand der Region.

Seit langem protestieren Indigene und Umweltschützer bereits gegen den Ausbau von Sun Peaks. Der Skiort solle nicht nur durch das Wintergeschäft Millionengewinne erzielen, sondern vor allem auch durch Immobilieninvestitionen. Dafür wurde ein wichtiger Lebensraum geopfert – Land der Indigenen.

Protest und Kriminalisierung des Widerstands

Mit der Einbeziehung der vier Host Nations glaubte man, einen geschickten Schachzug zu machen, denn der Öffentlichkeit sollte und soll damit vorgegaukelt werden, die Indigenen seien für die Spiele, und der Protest gegen die Winterolympiade sei nur von einigen notorischen Randalierern oder „Berufsdemonstranten“ getragen. Die ist keineswegs der Fall. Das *Olympic Resistance Network* umfasst gleichermaßen Indigene wie Umweltschützer und Menschenrechtsgruppen.

Bereits 2003 reiste eine Delegation der Secwepemc nach Genf, um beim IOK vorstellig zu werden und auf die Verletzung der indigenen Rechte aufmerksam zu machen – doch ohne Erfolg. Die Statuten des IOK schreiben zwar vor, dass die Spiele in keinem Land abgehalten werden sollen, das gegen Menschenrechte verstößt, doch die Vergangenheit (siehe oben) belegt all zu deutlich, dass es das IOK mit den Menschenrechten nicht zu genau nimmt. Menschenrechtsverletzungen in China oder Kanada scheinen den Verantwortlichen jedenfalls egal zu sein.



Während viele Band Councils, die ja erst eine koloniale Erfindung sind, und der Dachverband *Assembly of First Nations*, der ebenfalls am Finanztropf der kanadischen Regierung hängt, sich für die Spiele aussprechen, weil sie davon wirtschaftlichen Erfolg erhoffen, sind die traditionellen Indigenen meist gegen die Spiele, denn sie sehen darin eine Zerstörung des Landes und damit der Kultur der Indigenen. Gord Hill von der Kwakwa-ka'wakw Nation und einer der Hauptorganisatoren und Redakteure von No2010.com sieht den Grund für die Pro- und Contra-Positionen innerhalb der Indigenen

genau in diesem durch den Indian Act etablierten System der Band Councils. Während in British Columbia über 600.000 Indigene leben, vertreten jedoch die Four Host Nations nur rund 6.000 Mitglieder, so Hill. Das alte Spiel von *divide et impera* gilt noch heute.

„Auch wenn die Spiele auf dem Gebiet der St'at'imc und der Squamish stattfinden, werden sich die negativen Effekte der Spiele auch auf andere indigene Territorien ausweiten“ und verheerende Auswirkungen zeigen, erklärte das *Native Youth Movement* den Protest gegen die Spiele. Die Blockade gegen den Ausbau des Sea-to-Sky Highway bei Eagleridge Bluffs 2006 ist ein Beispiel dafür. Indigene und Umweltschützer protestierten gemeinsam gegen die gewaltigen Zerstörungsmaßnahmen. Zwei Dutzend Demonstranten wurden verhaftet, darunter die Elder Harriet Nahanee, die daraufhin zu 14 Tagen Haft verurteilt wurde. Die 73-Jährige starb unmittelbar darauf an einer Lungenentzündung, die sie sich in der Haft zugezogen hatte.





Nicht erst jetzt demonstrieren und protestieren die Indigenen gegen die Missachtung ihrer Rechte und die Zerstörung ihres Landes und ihrer Kultur. Die Vorgänge von Oka (1990), Gustafsen Lake (1995) oder auch der Widerstand der Grassy Narrows belegen den entschiedenen Willen der Indigenen, ihre Rechte zu verteidigen. Die Regierung reagierte jedoch nur mit Gewalt.

Insbesondere das Native Youth Movement engagiert sich für die Durchsetzung des indigenen Selbstbestimmungsrechts. In British Columbia wehrte sich das Skwelkwew'welt Protection Centre gegen die Zerstörung von Sun Peaks und am Melvin Creek verhinderten St'at'imc-Indianer – Grassroots, nicht Band Council wohlgemerkt – die Errichtung eines weiteren Skigebiets. Seit 2000 halten sie unbeirrt ihr Widerstandscamp Sutikalh aufrecht.

Auch Überlebende der Residential Schools – rund die Hälfte der 150.000 Betroffenen starben in Folge des Systems – wollen die Bühne der Olympischen Spiele nutzen, um auf die Menschenrechtsverletzungen hinzuweisen und die Regierung endlich zum Handeln zu zwingen. Die Verhandlungen des von der Regierung eingesetzten *Truth & Reconciliation Committee*, das die Vorgänge aufarbeiten und Entschädigungszahlungen vermitteln soll, schleppen sich nur mühsam dahin.

Der jüngste Widerstand gegen die Spiele zeigte sich während des Fackellaufs des Olympischen Feuers. Im Januar 2008 verkündete VANOC, die Olympische Flamme werde vor allem durch indigene Gebiete, darunter 119 indigene Gemeinden, getragen werden, um die Indigenen in besonderer Weise in die Spiele einzubeziehen. Der Fackellauf – ein 25 Millionen Dollar teures Spektakel – führt über 450 Kilometer durch indigenes Land, wobei die Flamme auch von zahlreichen Indigenen getragen werden soll. Als der Fackellauf am 30. Oktober in Victoria startete, versammelten sich Hunderte von Demonstranten und drängten die Läufer von der ursprünglichen Route ab. Auch der weitere Lauf konnte nicht ohne Hindernisse erfolgen, so gab es auch Gegendemonstrationen in Toronto und anderen Orten. Auch die Six Nations des Grand River Territory verweigerten den Läufern Zutritt zu ihrem Reservat und verkündeten, „Unser Land wurde nicht erobert. Wir sind keine Kanadier.“ Seit über 500 Jahren kämpfen sie dafür, ihr Land und ihre Kultur zu verteidigen. Dies würden sie auch weiterhin tun, indem sie der kolonialen Regierung eine klare Botschaft senden. Bei weiteren Blockaden der Algonquin, Anishinabe und Haudenausonee entlang des TransCanada Highway Anfang Januar 2010 wurden sämtliche Demonstranten verhaftet, aber kurz darauf wieder frei gelassen. Ihr Protest richte sich weder gegen Sport noch gegen die Athleten, sondern gegen das repressive System Kanadas und die Weigerung der Regierung, indigene Rechte anzuerkennen.

Vom 10.-12. Februar veranstalteten die Indigenen eine Anti-Olympia-Konferenz in Vancouver. Begleitet wird die Veranstaltung von diversen Events, u.a. einer „Empfangs-parade“ für die Olympische Fackel, dem Gedenkmarsch für die indigenen Frauen und einer Demo. Organisiert werden die Aktionen vom *Olympic Resistance Network* mit Sitz in Vancouver. Das ORN stützt sich auf die Resolution von 1500 Indigenen beim *Intercontinental Indigenous Peoples Gathering 2007* in Sonora, Mexiko, das eine Resolution gegen die Olympischen Spiele verabschiedete: „Wir lehnen die Winterolympiade 2010 auf heiligem gestohlenem Land auf Turtle Island Vancouver, Kanada, ab.“



Monika Seiller

Infos und Links

www.No2010.com

<http://olympicresistance.net>

Gründe zur Unterstützung des indigenen Widerstands gegen die Olympischen Spiele Vancouver 2010:

- Kolonialismus und Rassismus (Regierung sowie Politik und Geschichte des IOK)
- Missachtung der indigenen Landrechte
- immense sozialen und ökologischen Auswirkungen
- ökologische Zerstörung (Sportstätten, Anlagen und Infrastrukturmaßnahmen)
- Schuldenaufkommens von prognostizierten sechs Milliarden Dollar
- Korruption und Ausbeutung durch Konzerninteressen
- Einrichtung eines Polizeistaats mit ausdehnten Repressions- und Überwachung
- Anstieg der Obdachlosigkeit
- Kriminalisierung der Armen und Marginalisierten
- Gewalt gegen indigene Frauen
- Repression und Kriminalisierung des Widerstands
- Eingriff in die bürgerlichen Rechte.

V.i.S.d.P.: Aktionsgruppe Indianer & Menschenrechte e.V., Frohschammerstr. 14, 80807 München
www.aktionsgruppe.de